

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 123-128

[zur Startseite](#)**Axel Odelberg: *De fattiga & de rika. Om Sverige och Schweiz*. Stockholm: Timbro 1998, 173 S.**

1970 waren die Schweiz und Schweden die reichsten Länder Europas.

Schweden galt als Modellstaat. Doch in den letzten 25 Jahren hat sich die wirtschaftliche Lage Schwedens kontinuierlich verschlechtert. Axel Odelberg sucht im 1998 bei Timbro, dem wirtschaftsliberalen Thinktank, erschienenen Buch *De fattiga & de rika. Om Sverige och Schweiz* nach den Ursachen für den schwedischen Niedergang. Um die Ursachen zu illustrieren, wählt er den Vergleich mit der Schweiz. Sie sei prädestiniert für das Herausarbeiten der unterschiedlichen Entwicklungen, weil die beiden europäischen Kleinstaaten bevölkerungsmäßig etwa gleich groß sind, sich im Zweiten Weltkrieg neutral verhielten und nach dem Krieg mit intakten Produktionsapparaten die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in Angriff nahmen. Das eher journalistisch denn wissenschaftlich aufgebaute Buch mäandert um die zentrale Achse, dass die Schweiz ein Kleinbürgerfreistaat („småborgarfristat“) und Schweden ein Arbeiterparadies („arbetarparadis“) sei.

Odelberg belegt Schwedens Niedergang mit Zahlen: Zwischen 1970 und 1995 hat sich das inflationsbereinigte Bruttoinlandprodukt (BIP) in der Schweiz mehr als verdreifacht, das BIP in Schweden wies jedoch nur ein Wachstum von 50 Prozent auf. Schweden war vor 30 Jahren noch vor der Schweiz das reichste Land Europas, heute hat die Schweiz Schweden weit hinter sich gelassen. Seine Erläuterungen sollen erklären, warum die beiden Länder, die mit ähnlichen Strukturen in die Nachkriegszeit starteten, sich in den letzten 25 Jahren so unterschiedlich entwickelten.

Bevor Odelberg zu den von ihm eruierten Ursachen kommt, schiebt er noch das interessanteste Kapitel des Buches ein, das sich mit dem Wandel des Bildes der Schweiz in Schweden auseinandersetzt. In den fünfziger und sechziger Jahren fühlten sich die Schweden und Schwedinnen auch mit der Schweiz verbunden: „Schweiz var som Sverige, städar rent och antiseptiskt. Det var fyllt av Volvobilar och många bilister satte

faktiskt på sig säkerhetsbälte, en då okänd eller i varje fall

jönsig utrustningsdetalj i andra europeiska länder. Dessutom var Schweiz det enda land på kontinenten där man kunde beställa in ett glas kall mjölk och faktiskt bli tagen på allvar.“ (S. 41) Gemeinsamkeiten in der Mentalität – Freiheitsliebe, Fleiß, Pflichtgefühl, Friedlichkeit – werden festgestellt. Einem Mythos nach stammen die Urschweizer auch aus Schweden. Sie sollen während einer Hungersnot von König Cisbertus zur Aussiedlung gezwungen worden sein und sich in der Folge in der Gegend um den Vierwaldstättersee niedergelassen haben. Gustav II Adolf nahm Bezug auf diese Legende, als er vergeblich versuchte, die Eidgenossen als Bündnispartner im Dreißigjährigen Krieg zu gewinnen. In der zweiten Hälfte des 19.

Jahrhunderts reisten schwedische Gelehrte und Schriftsteller ins Haslital, um dort die verwandten Mentalitäten vorzufinden, unter ihnen August Strindberg und Frederika Bremer. Für letztere galt die Schweiz als Vorbild, was Freiheit, Gleichheit und Demokratie betraf. Für Strindberg war die Schweiz verwirklichte Utopie. Odelberg zitiert aus *Tjänstekvinnans son*: „Här är den sociala och politiska frågan löst så gott den kan ...

här finns hela Sveriges liberala och nyliberala program och

lite av socialistprogrammet realiserat.“ (S. 45f.) Mit der Errichtung des „folkhem“ verlor die Schweiz ihren Vorbildcharakter. Nun war Schweden das Modell für die Entwicklungsrichtung eines modernen Staates. Eyvind Johnson wurde in den fünfziger Jahren in der linken Presse vorgeworfen, er fühle sich wohl in der reaktionären Schweiz. Und der 68er Jacques Werup zeichnete in *Swiss made* gar ein negatives Bild einer tyrannischen, raubgierigen, kapitalistischen, imperialistischen, scheindemokratischen Gesellschaft.

Die Gründe für die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung, namentlich des Verfalls der Krone im Vergleich zum Schweizer Franken, macht der Wirtschaftsliberale Odelberg in der falschen Geldmengen- und Währungspolitik Schwedens aus. Zu Beginn der siebziger Jahre bricht das feste Währungssystem zusammen. Während die Schweiz schon 1973 den Franken dem freien Devisenmarkt anvertraute, setzte Schweden noch bis 1992 auf feste Wechselkurse. Für die Schweiz bedeutete dies niedrige Inflation und stabile Währungskurse während zweier Jahrzehnte der laufenden Abwertung der Krone.

Die ideologisch richtige Reaktion in der Rezession ist der andere entscheidende Schritt der vorbildlichen Schweizer. Die Nationalbank verhält sich monetaristisch, noch bevor Milton Friedman den Nobelpreis für seine Theorien erhält. In Schweden hat – ganz im Sinne Keynes – die Ankurbelung der Wirtschaft und die Beschäftigungslage bei der Geldmengenzpolitik Priorität, mit der Folge einer höheren Inflation. Odelberg meint, dass in der Schweiz der Zusammenhang zwischen dieser monetaristischen Geldmengenzpolitik und der sich verschärfenden Krise nicht realisiert wurde. Hier irrt er, die schweizerische Linke versuchte in jeder Krise, den Staat zu einer keynesianisch-orientierten Konjunkturförderung zu bringen – ohne große Erfolge. Die demokratisch kaum kontrollierte Nationalbank funktioniert weitgehend unabhängig – für Odelberg kein Demokratiedefizit, denn in der Schweiz sei die politische Sphäre weder größer noch kleiner, als die Bürger sie wollen, „vilket i detta småborgerliga land betyder att den är rädd liten.“

In Schweden kamen in den siebziger Jahren die von 1968 „angesteckten“ Politiker und Politikerinnen an die Macht. Das Ziel sei nicht mehr das Wohl des ganzen Staates gewesen, sondern nur noch das einer einzelnen Gruppe, der Lohnabhängigen. Die bürgerlichen Kräfte waren zu schwach, um diese Abkehr vom Geist Saltsjöbadens hin zur Konfrontation abzuwenden. Diese Politik im Sinne der Arbeitnehmer habe hybride Züge angenommen: Ausbau des Arbeitnehmerschutzes, Arbeitnehmerfonds, Produktion auf Halde. „Hela näringslivet förvandlades till en gigantisk skyddad verkstad.“ (S. 96) Weshalb dringend notwendige Strukturanpassungen viel zu spät in Angriff genommen wurden. Ein weiterer Fehler der schwedischen Politik stellt für Odelberg zudem der Versuch dar, mit Steuern das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger zu lenken: Das mag bei Alkohol und Benzin sinnvoll sein, doch bei der Besteuerung von Arbeit und Unternehmertum sei eine solche marktsteuernde Funktion völlig verfehlt. In der Schweiz dominiere die Auffassung, dass die Steuern so niedrig wie möglich gehalten werden. Im Gegensatz zu Schweden, wo „skatt“ ein Wort mit positiver Konnotation sei, haben in der Schweiz Steuern keine Lenkungsfunction, sondern dienen nur als Einnahmequelle für den öffentlichen Sektor. Mit einigen Steuervergleichen, die natürlich sehr schwierig sind, illustriert Odelberg die

Unterschiede zwischen Schweden und dem Kanton Bern (hohe Steuern) und dem Kanton Zug (niedrige Steuern) in der Schweiz – ohne die vom Staat finanzierten Dienste zu berücksichtigen.

Am meisten unter dieser Politik hätten die kleineren und mittleren Unternehmen gelitten. Die hohe Steuer auf das im Unternehmen investierte Vermögen selbst (1991 abgeschafft) habe ihre Zahl derart schwinden lassen, dass gerade diese Unternehmenskategorie strukturell fehle. Die Schweiz weise bezeichnenderweise fast doppelt so viele Betriebe dieser Größenkategorie auf.

Grund für die viel niedrigere Steuerquote sowie den kleineren öffentlichen Sektor sei die politische Verfassung der Schweiz. Statt eines *riksdag* mit Berufspolitikern, in dem die Mehrheit einfach entscheidet, der Beschlussfassungsprozess folglich einer „Autobahn“ gleiche, ähnele die politische Beschlussfassung in der Schweiz einer Hürdenstrecke. Denn die Regierungsvorschläge werden in den zwei Parlamenten, dem Ständerat (Vertreter der Kantone, im Majorz gewählt) und dem Nationalrat (Proporzahlen) zu einem Kompromiss geschmiedet, der auch in einer allfälligen Volksabstimmung von einer Mehrheit unterstützt werden müsse. Jede Verfassungsänderung muss, jede Gesetzesänderung kann vors Volk gebracht werden. Die Bürgerinnen und Bürger stimmen in der Regel konservativ. Das Bewährte soll bewahrt bleiben. „Utrymmer för lidbommeri, politisk ändamålsstyrkt lagstiftning, är noll i Schweiz.“ (S. 129) Das Schweizer Volk stimmte in den vergangenen drei Jahrzehnten über ähnliche Gesetzesänderungen ab, wie sie in Schweden vom *riksdag* beschlossen wurden. Eine Volksinitiative zur Mitbestimmung in Betrieben hatte 1976 keine Chance, eine Steuervorlage, die die Steuern gerechter verteilt hätte, wurde am selben Abstimmungstag nicht ganz so hoch verworfen. 1975 wurde eine moderate Erhöhung der Warenumsatzsteuer angenommen, die Einführung der Mehrwertsteuer erst im dritten Anlauf 1996. Statt der zusätzlichen Altersvorsorge nach schwedischem Modell, wie sie die sozialdemokratische Partei vorschlug, stimmte man für ein Pensionskassenobligatorium mit privaten Pensionskassen (ohne umverteilenden Effekt, was Odelberg nicht erwähnenswert findet). Eine staatliche Krankenkasse hatte nie eine Chance, ebensowenig wie die immer noch nicht existierende Mutterschaftsversicherung [notabene „*föräldrarledighet*“ im Schwedischen].

Für Odelberg sind die weit ausgebauten Mitbestimmungsrechte der Bürger Grundlage für die ökonomische Prosperität. Steuererhöhungen seien äußerst schwer durchzubringen. Die Schweiz sei ein Land für Geld, Bankdirektoren und Geschäftsleute, und davon profitieren auch die Arbeitnehmer. Doch in Schweden fürchten die Politiker den größeren Einfluss durch die Stimmbürger. Ein 1994 eingeführtes Gesetz ermöglicht Volksinitiativen auf kommunaler Ebene; Bürger können die Befragung wünschen. Der Entscheid, ob es zu einer Abstimmung kommt, ist aber den gewählten Politikern überlassen. Odelberg zeigt mit Beispielen aus Nacka und Karlskrona, dass die *classe politique* aus Angst vor „populistischen“ Entscheidungen Abstimmungen verhinderte.

Woher kommt nun diese direktdemokratische Tradition, die für die Schweiz so segensreich ist? Wie die nationalen Geschichtsschreiber des 19.

Jahrhunderts findet der Autor die Ursprünge in der Urschweiz, im Bund von 1291, den er als Verteidigungspakt interpretiert. Nach der Legende von Wilhelm Tell führt er die auf dem Schlachtfeld erfolgreichen Eidgenossen an, die in der Landsgemeinde direktdemokratisch über alles entscheiden. Die Landsgemeinde selbst habe ihre Wurzeln im germanischen Ding. Mit der Niederlage von 1515 begruben die Eidgenossen ihre Großmachtsträume. Durch die Reformation kam es immer wieder zu inneren Auseinandersetzungen. 1798 marschierte Napoleon ein und gab der Schweiz eine zentralistische Verfassung, die er aber schon 1803 in eine föderalistische zurückverwandelte. Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zu einem weiteren Bürgerkrieg zwischen den konservativen Katholiken aus den Bergkantonen und den liberalen Reformierten im Mittelland. Die Liberalen gewannen, kosteten ihren Triumph jedoch nicht aus, sondern konzipierten eine föderalistische Verfassung, die aus dem Verteidigungspakt einen Bundesstaat machte, mit dem auch die unterlegene Minderheit leben kann. Hier macht Odelberg den Ursprung der Kompromisskultur fest. Die direktdemokratischen Elemente werden in zwei Etappen noch während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgebaut.

Zusammengefasst hält Odelberg ein langatmiges, oberflächliches Plädoyer für die Rückführung des Arbeiterparadieses und Wohlfahrtsstaates Schweden zur Wohlfahrtsgesellschaft, wie es immer wieder in den Publikationen von Timbro gefordert wird. Das gewählte Vergleichsland Schweiz machte nicht dieselben Fehler wie die schwedische politische Klasse, die anscheinend doch immer wieder gewählt wurde, was Odelberg mit dem kurzen Gedächtnis der Wählerschaft abtut. Statt Keynesianismus Monetarismus, niedrige Steuern dank direkter Demokratie, wirtschaftsliberale Politik mit einem schlanken Staat.

Leider ist Odelberg nicht daran gelegen, Momente, die gegen seine Schwarz-Weiß-Malerei sprechen könnten, genauer zu beleuchten. Ein Kaufkraftvergleich sei unnütz; zwar sei in der Schweiz das Wohnen teuer, dafür aber seien Benzin und Alkohol billiger. Dass beide Länder mit intaktem Produktionsapparat die Nachkriegszeit antraten und davon profitierten, stimmt. Doch unterscheidet sich die Wirtschaftsstruktur bei näherem Hinsehen wesentlich, was sicherlich Auswirkungen auf die spätere Entwicklung gehabt hat. Und ob die Vergrößerung des Einflusses der Bürgerinnen und Bürger durch direktdemokratische Mittel die Politik wirklich im Sinne des Wirtschaftsliberalismus verändert, ist m. E. fraglich.

Der auf weite Strecken undifferenzierte Vergleich mag jedoch vor allem für Schweizer und Schweizkenner interessant sein, könnte aber auch dazu beitragen, dass in Schweden die Schweiz etwas näher betrachtet wird. Odelberg scheint von einer ähnlichen Begeisterung gefangen zu sein wie die skandinavischen Besucher im 19. Jahrhundert. Er übernimmt die Suche nach den Wurzeln der Demokratie im hohen Mittelalter, ohne die neueren Studien dazu zu konsultieren. Der Bund von 1291 war nichts Außerordentliches, sondern ein für die damalige Zeit typisches Landfriedensbündnis. Dank der peripheren Lage – und auch seiner wirtschaftlichen und militärischen Stärke – konnte er sich im Gegensatz zu den anderen jedoch durch die Jahrhunderte hindurch halten. Ein allgemeines Wahlrecht (der Männer) im weiteren Sinne wurde erst durch einheimische aufgeklärte Geister während

der helvetischen Revolution von 1798 eingeführt, nicht durch Napoleon, jedoch mit Unterstützung französischer Truppen. Und es waren die liberalen, später vermehrt die sozialistischen Kräfte, die jeweils für die Erweiterung des Einflusses des Stimmbürgers auf die Politik kämpften. Was Odelberg interessanterweise anführt, ist der verdrängte Bürgerkrieg zwischen Konservativen und Liberalen 1847. Vergebens sucht er am Ort der entscheidenden Schlacht – es gab verhältnismäßig wenig Tote und Verletzte auf beiden Seiten – nach einem Denkmal; den Geschichtsbüchern ist dieser Krieg nicht viel mehr als eine Fußnote wert. Odelbergs Vermutung, er sei jedoch immer noch im kollektiven Unbewussten präsent und wirke dort kompromissfordernd, ist nicht so einfach von der Hand zu weisen, aber noch schwerer zu beweisen. Wer jedoch die Ursprünge der politischen Kultur in der Schweiz sucht, sollte nicht im Mittelalter suchen, sondern in der frühen Neuzeit das väterliche Regime der von einer Minderheit gewählten Gnädigen Herren studieren. Denn im Vergleich zu absolutistischen Monarchen verfügten sie über ein äußerst labiles Gewaltmonopol. Zu wünschen ist, dass Odelbergs über weite Strecken verherrlichender Blick auf die Schweiz differenziertere folgen lässt. Derartige Vergleiche dürften einiges heuristisches Potenzial aufweisen.

Ueli Stauffacher